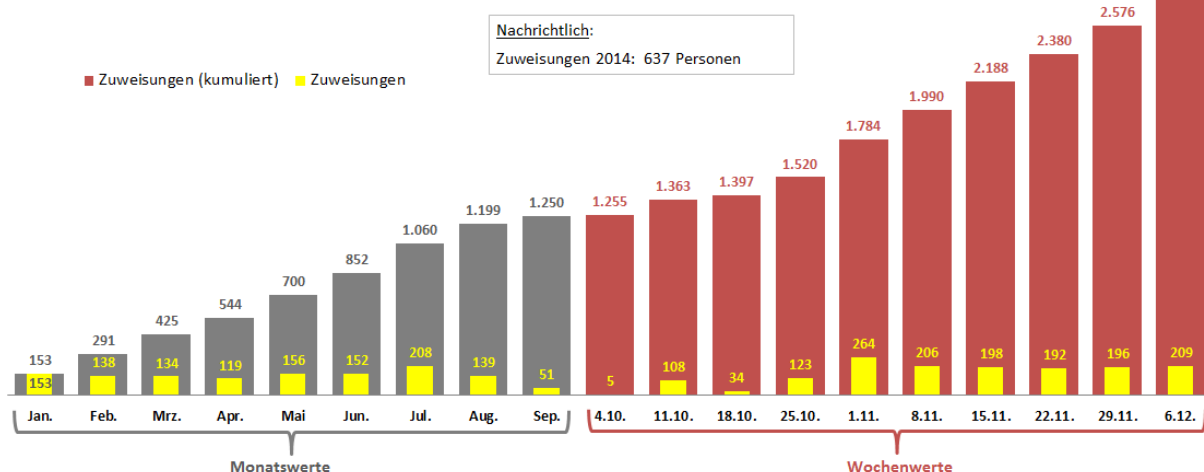


Zuweisungen und weitere Entwicklung

In diesem Jahr sind der Stadt Bielefeld bereits 2.785 geflüchtete Menschen zugewiesen worden. Das sind mehr als viermal so viel wie im Vorjahr. Seit Anfang Oktober haben sich die Zuweisungen deutlich beschleunigt: In den vergangenen zwei Monaten hat die Bezirksregierung der Stadt über 1.350 Menschen zugewiesen; das sind 100 Personen mehr als in den neun Monaten zuvor.

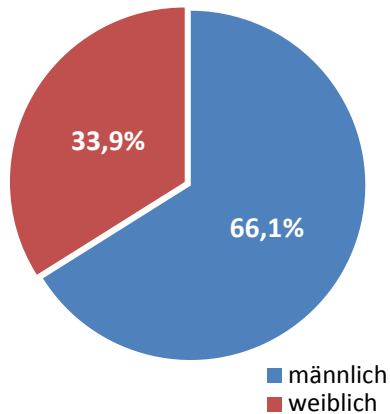
Die von der Bezirksregierung ab November avisierten wöchentlichen Zuweisungen im Umfang von 150 Menschen wurden deutlich übertroffen. Auch wenn der Spitzenwert vom 01.11.2015 mit einer Zuweisungszahl von 264 nicht erneut erreicht wurde, lagen die wöchentlichen Zahlen seitdem konstant bei rund 200. Mit einer Abnahme der wöchentlichen Zuweisungen ab Beginn des Jahres 2016 rechnet das Sozialdezernat zurzeit nicht.

Zuweisungen in 2015

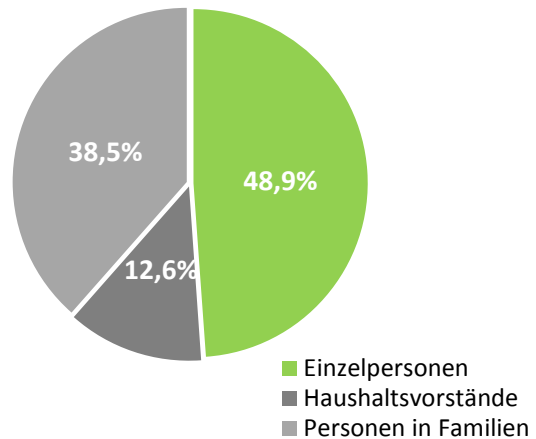


Gut 66 Prozent der im Jahr 2015 der Stadt zugewiesenen Personen sind männlich – der Anteil der Männer nimmt weiterhin geringfügig zu. Einzelpersonen und Flüchtlinge, die im Familienverband nach Bielefeld kommen, halten sich weitgehend die Waage.

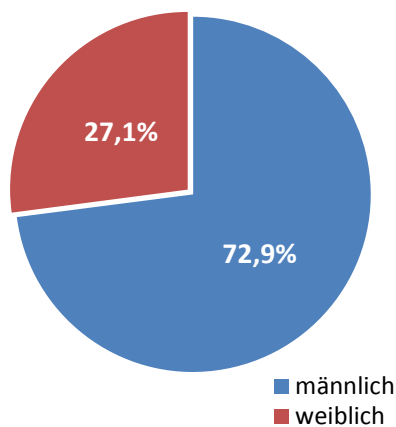
Zuweisungen nach Geschlecht
01.01.2015 bis 06.12.2015



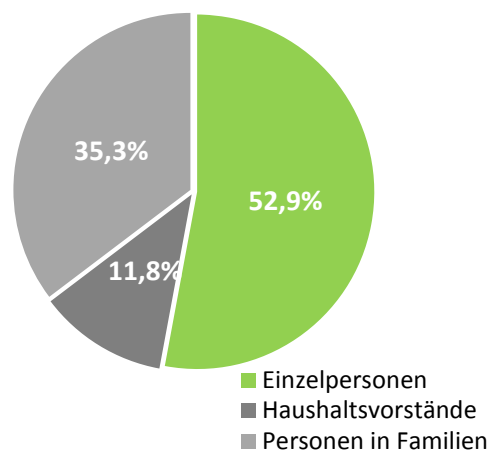
Zuweisungen nach Haushalt
01.01.2015 bis 06.12.2015



11.10.2015 bis 06.12.2015



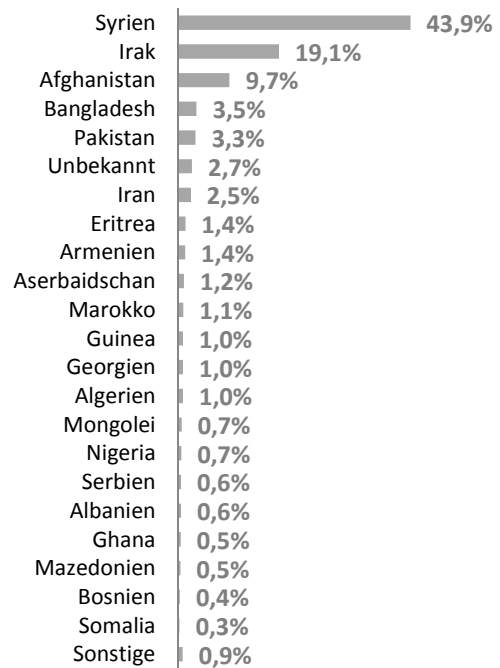
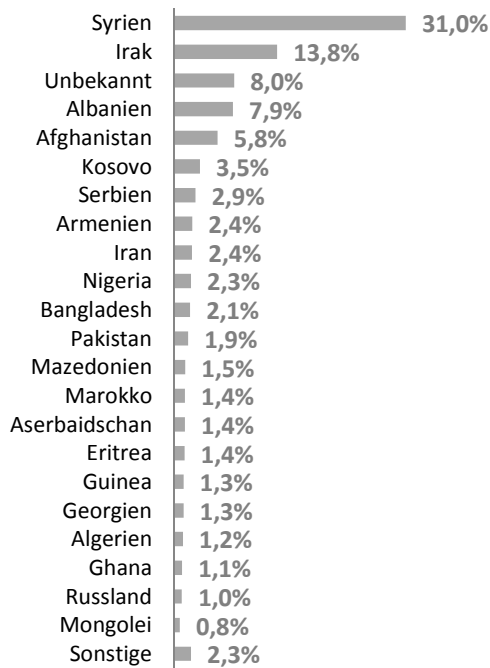
11.10.2015 bis 06.12.2015



Die Zusammensetzung nach Herkunftsländern verändert sich im Vergleich zu den ersten Monaten des Jahres weiterhin. Seit Anfang Oktober – also dem Wiederbeginn hoher Zuweisungen nach Bielefeld – kommen deutlich mehr als die Hälfte der zugewiesenen Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsländern Syrien und Irak. Die Länder aus dem Westbalkan spielen nur noch eine geringe Rolle.

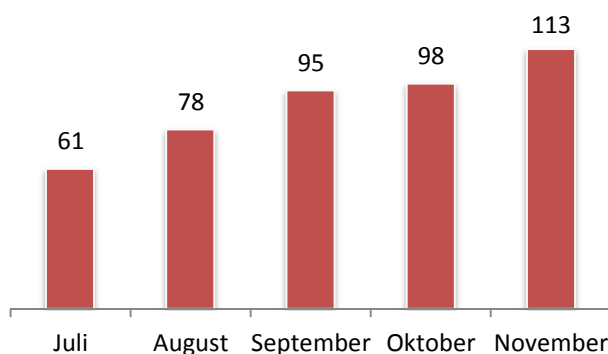
01.01.2015 bis 06.12.2015

11.10.2015 bis 06.12.2015



Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Die Zugangszahlen bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen haben im vergangenen Monat nochmals zugenommen. Die Entwicklung in der 2. Jahreshälfte 2015 sieht wie folgt aus:



Vom 01. – 05.12.2015 sind 15 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Bielefeld gekommen. Wie sich die Situation weiter entwickelt, ist nicht vorhersehbar. Bundesweit wird von einem leichten Rückgang der Zuzugszahlen bei den Flüchtlingen insgesamt ausgegangen. Es bleibt abzuwarten, ob das auch für den Bereich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zutrifft.

Seit 01.11.2015 ist ein Bundesgesetz in Kraft, das eine Umverteilung auch der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge auf alle Kommunen in Deutschland vorsieht. Ziel ist es, dass sich künftig nicht wenige Städte wie z. B. Bielefeld um viele Flüchtlinge kümmern, sondern viele Städte um jeweils wenige Flüchtlinge.

Nach dem 31.10.2015 nach Bielefeld zugereiste unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden daher im Regelfall innerhalb eines Monats in Kommunen umverteilt, in denen bisher nur wenige unbegleitete minderjährige Flüchtlinge leben. Die Aufnahmequote der Länder bestimmt sich nach dem sog. Königsteiner Schlüssel, der Einwohnerzahlen und Steuerkraft des jeweiligen Landes berücksichtigt. Innerhalb NRW erfolgt die Verteilung nach den Einwohnerzahlen der Kommunen.

Zurzeit leben ca. 550 minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in Bielefeld – nach dem Königsteiner Schlüssel müssten es nur 200 Jugendliche sein. Deshalb werden zumindest in nächster Zeit keine unbegleiteten jugendlichen Flüchtlinge mehr nach Bielefeld zugewiesen, stattdessen wird die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Bielefeld in den nächsten Monaten sukzessive sinken – insbesondere deshalb, weil die Jugendlichen nach und nach volljährig werden.

Aktuelle Unterbringungssituation

Die städtischen Übergangsheime sind aufgrund der anhaltend hohen Zuweisungszahlen zwischenzeitlich voll belegt. Die ab 09.11.2015 genutzte Wohnanlage in Bielefeld-Ummeln bietet mittlerweile keine weiteren Kapazitäten, ebenso die Notunterkunft in der Petrischule. In Heepen wurde in dieser Woche der zweite Bauteil der Tieplatzschule eröffnet und unmittelbar komplett belegt.

Die Stadt löst das Unterbringungsproblem der geflüchteten Menschen mit drei Instrumenten:

Die Projektgruppe „Flüchtlingsunterbringung“ unter Leitung von Herrn Beigeordneten Ingo Nürnberger bereitet Übergangsheime und Alternativen zu Turnhallen vor (z. B. Büro- und Gewerbeimmobilien).

Der Krisenstab unter Leitung von Frau Beigeordnete Anja Ritschel ist in Bezug auf die zugewiesenen Flüchtlinge vor allem für die Nutzung von Turnhallen zuständig.

Die Projektgruppe „Wohnraum für einkommensschwache Gruppen“ unter Leitung von Herrn Beigeordneten Gregor Moss ist dafür verantwortlich, den geförderten Wohnungsbau in Bielefeld voranzutreiben, um bezahlbaren Wohnraum für alle Bielefelderinnen und Bielefelder – auch, aber nicht nur Flüchtlinge – zu schaffen.

Die dezernatsübergreifende **Projektgruppe „Flüchtlingsunterbringung“** konnte im November weitere Objekte akquirieren:

So wurde das Laborgebäude der Fachhochschule an der Wilhelm-Bertelsmann-Straße kurzfristig als Notunterkunft hergerichtet. Insgesamt werden dort rund 160 Personen untergebracht. Der ASB übernahm die Bewirtschaftung und Betreuung. Mittelfristig soll das Gebäude voraussichtlich nach einem Umbau als Übergangsheim, das heißt mit wohnungsähnlichem Wohnen mit eigenen Zimmern und Gemeinschaftsküchen, betrieben werden.

Die Handwerkskammer hat der Stadt nach dem Umzug auf den neuen Campus das nicht mehr genutzte ehemalige Handwerkerbildungszentrum (HBZ) am Kleiberweg vermietet. Sehr kurzfristig nutzbar war hier das ehemalige Internat des HBZ. Dort wurden 40 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge untergebracht, die vor Ort rund um die Uhr durch beauftragte erfahrene Träger der freien Jugendhilfe betreut werden. Die temporäre Nutzung eines Bürogebäudes wie auch weiterer Verwaltungsgebäude zur Unterbringung von Flüchtlingen wird geprüft. Daneben sollen auf dem Areal auch Bildungs- und Sprachfördermaßnahmen wie auch berufsvorbereitende als auch berufsorientierende Maßnahmen stattfinden.

Außerdem wird zurzeit eine Gewerbeimmobilie in der Schillerstraße 73a, 33609 Bielefeld (Bezirk Schildesche) – als Alternative für Turnhallen – umgebaut, um dort 150 Personen aufnehmen zu können. Diese Gewerbeimmobilie ist keine Neuanschaffung der Stadt, sondern wird schon seit einiger Zeit als Lagerfläche von der Stadt genutzt. Diese Immobilie kann noch vor Weihnachten in Betrieb genommen werden.

Die Projektgruppe „Flüchtlingsunterbringung“ prüft laufend weitere Projekte bzw. treibt diese voran. Dabei gibt es auch eine enge Verknüpfung zur Projektgruppe von Dezernenten Moss: In dieser Gruppe wurden Flächen identifiziert, auf denen im Verfahren der Systembauweise bis Frühjahr 2016 weitere wohnungsähnliche Unterkünfte für geflüchtete Menschen geschaffen werden können: Hier geht es um den Schulhof der ehemaligen Pestalozzischule, die Industriestraße 40 in Sennestadt, an der Herforder Straße 594 in Brake und in der Ernst-Rein-Straße (hinter den Gebäuden Hausnummern 20-30).

Arbeit des Krisenstabs

Als absehbar war, dass für die zugewiesenen Menschen nicht mehr ausreichend Wohnraum in den vorhandenen Unterkünften zur Verfügung stehen würde und Obdachlosigkeit drohte, bat der Sozialdezernent Ingo Nürnberger den Oberbürgermeister um die Einberufung des Krisenstabs.

In der ersten Sitzung wurde deutlich, dass zumindest für die nächsten Wochen keine relevanten Notunterkünfte zur Verfügung stehen. Deshalb musste der Fokus auf die städtischen Sporthallen gelegt werden – auch weil diese ein Mindestmaß an Sanitäreinrichtungen aufweisen. Kriterien für die Auswahl der Turnhallen wurden erörtert, in der zweiten Woche wurde die Sporthalle des Schulzentrums Senne und die Turnhalle der Grundschule Babenhausen ausgewählt. Letztere erwies sich in der genaueren Betrachtung als ungeeignet. Deshalb wurde im nächsten Schritt die Turnhalle der Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule Stieghorst ausgewählt. Die Turnhalle in Senne wird noch vor Weihnachten bezogen; auch die Turnhalle in Stieghorst wird noch vor Weihnachten als Notunterkunft eingerichtet.

Da weitere neue Objekte mit nennenswerten Platzzahlen frühestens im Februar 2016 fertiggestellt sein können, werden für die Zuweisungen im Monat Januar voraussichtlich weitere Sporthallen benötigt. Eine entsprechende Prüfung in Frage kommender Standorte läuft. Der Krisenstab bittet sowohl die Schulen als auch die Sportvereine um Verständnis, dass in dieser schwierigen Situation ein „Zusammenrücken“ erforderlich ist, um den ankommenden Menschen Obdach bieten zu können.

Wohnraumversorgung für Bielefeld

In den nächsten Jahren müssen möglichst viele zusätzliche Wohneinheiten geschaffen werden. Da für einkommensschwache Personen in Bielefeld insgesamt zu wenige Wohnangebote bestehen, ist der geförderte Wohnungsbau zu intensivieren.

Zu diesem Handlungsfeld Wohnen hat eine dezernatsübergreifende Projektgruppe unter Leitung des Baudezernenten Herrn Moss kurzfristig zu realisierende Wohnstandorte unter folgenden Maßgaben identifiziert und überprüft:

- Planungsrecht
- zeitliche Verfügbarkeit
- verkehrliche Erschließung
- Infrastruktur Schule
- soziale Zusammensetzung in den in nahegelegenen Schulen
- Infrastruktur KiTa
- Nahversorgung Einzelhandel
- Nahversorgung soziale Infrastruktur
- Umweltverträglichkeit
- Eignung der Umweltbedingungen für Wohnen
- Sozialverträglichkeit der Standorte
- Sonstige rechtliche Bindungen
- Voraussichtliche Anzahl der Wohneinheiten

Dabei hat die Projektgruppe im ersten Schritt städtische Grundstücke untersucht, die nach Einschätzung der Projektgruppe die Voraussetzungen bieten.

Nach Beschlussfassung im Verwaltungsvorstand wurden die erarbeiteten Vorschläge unmittelbar in die öffentliche Beratung im Stadtentwicklungsausschuss gegeben.

Dabei handelt es sich um Flächen in Jöllenbeck (Im Hagen/Dorfstraße, Jöllenbecker Str. 526), in Stieghorst (Detmolder Str. 87, Walter-Werning-Straße), in Brackwede an der Rosenhöhe, im Bisonweg in Senne und an verschiedenen Stellen im Stadtbezirk

Mitte (Dompfaffweg, Dr.-Victoria-Steinbiß-Straße, Auf dem Tönsplatz, Im Siekerfelde). Hier können insgesamt ca. 170 Wohneinheiten geschaffen werden.

Die Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (BGW) wird einen Teil der Neubauprojekte übernehmen.

Im nächsten Schritt werden die mittelfristig und längerfristig verfügbare Flächen den zu beteiligenden Gremien vorgestellt.

Information der Bürgerinnen und Bürger

Von großer Bedeutung ist die Information der Bürgerinnen und Bürger über die Entwicklungen: So fanden z. B. Bürgerinformationsveranstaltungen an der Teichsheide, in Heepen, in Ummeln, in Jöllenbeck und zuletzt am 9. Dezember in der Senne statt. Am 15. Dezember gibt es eine Veranstaltung für Bielefeld Mitte und am 17. Dezember in Stieghorst.

Auch in vielen weiteren Veranstaltungen – z. B. mit den Lions und dem Rotary Club, mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten und bei verschiedenen Runden Tischen informierte der Sozialdezernent über die Situation.

Handlungskonzept zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld

Der Verwaltungsvorstand informierte Ende Oktober im Haupt- und Beteiligungsausschuss über das Handlungskonzept zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld und beschrieb darin die gesamtstädtischen Planungen und Überlegungen für die identifizierten Handlungsfelder.

In Anlehnung an diese Überlegungen hat die Verwaltung in der Ratssitzung am 10.12.2015 die ersten Umsetzungsschritte und die dafür notwendigen Ressourcen benannt.

So sind im Bereich der Kitas geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung einer auf die tatsächlichen Bedarfe ausgerichteten Sprachförderung zu ergreifen. Die Schaffung dieser benötigten Sprachförderangebote in ca. 20 Kitas erfordert in den Jahren 2016 und 2017 zusätzliche Haushaltsmittel von jährlich 100.000 €. Die Flüchtlingssituation hat bisher nicht dazu geführt, dass in Bielefeld Kita-Plätze fehlen. Durch die prognostizierte Zuwanderung in die Stadt – übrigens nicht nur von Flüchtlingen – werden jedoch künftig weitere Bedarfe ausgelöst. In einem ersten Schritt sollen in 2016 zusätzliche Gruppenplätze genutzt und für 2017 ca. 180 neue Kita-Plätze geschaffen werden. Dafür sind für 2016 Mittel in Höhe von 200.000 € für 2016 und ab 2017 jährlich 1,0 Mio. € erforderlich. Daneben sind auch entsprechende „Brückenprojekte“, zusätzliche Betreuungsangebote für Kinder aus Flüchtlingsfamilien außerhalb der regulären Kita-Versorgung, sicherzustellen. Hierfür werden für das Jahr 2016 Finanzmittel in einem Umfang von 300.000 € zur Verfügung gestellt.

Zur Verbesserung der schulischen, beruflichen und gesellschaftlichen Integration wird die Arbeit der internationalen Klassen in den Grund- und Sek.-I-Schulen sowie an den Berufskollegs durch Schulsozialarbeit unterstützt. Hierfür werden Mittel in Höhe von 764.000 € jährlich an den Grund- und Sek-I-Schulen sowie 382.000 € jährlich an den Berufskollegs bereitgestellt.

In Stadtteilen mit Übergangsheimen bzw. mit einer hohen Anzahl von Flüchtlingen sollen durch zusätzliche Mittel für die Jahre 2016 und 2017 in Höhe von jeweils 400.000 € die Regelangebote verstärkt werden, um die Integration der Flüchtlinge fördern und die Unterstützung der bürgerschaftlich Engagierten leisten zu können. Für die Durchführung von Projekten zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration geflüchteter Menschen sowie zur Stärkung der Integrationsfähigkeit der Nachbarschaften in den Bereichen Freizeit, Sport, Kultur und non-formale Bildungsprojekte sollen bis zu 200.000 € bereitgestellt werden.

Die REGE mbH als Akteur der kommunalen Arbeitsmarktförderung wird Personen mit Fluchterfahrung als Integrationslotsen beschäftigen. Hierfür werden für die Laufzeit von 2 Jahren zusätzliche jährliche Mittel in Höhe von 360.000 € benötigt.

Der Rat hat diese Verwaltungsvorlage einstimmig beschlossen.

Daneben wird die REGE mbH ihre Beratungsangebote im Übergang Schule/Beruf für die besondere Zielgruppe der Flüchtlinge zentral zusammenführen und die jungen Erwachsenen darauf vorbereiten, Eingliederungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit in Anspruch nehmen zu können – dies auch als Unterstützung des "Integration Point" der Arbeitsagentur, der eine ganzheitliche Beratung von Flüchtlingen bei der Arbeitsaufnahme bezweckt. Hieran wird sich auch das Jobcenter beteiligen, das sich zudem der Betreuung und der Integrationsplanung zum Arbeitsmarkt für die Gruppe von Neuzuwanderern in einem eigens für diese Zielgruppe zu gründenden Projektteam widmen wird.

Ehrenamtliches Engagement

Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bielefeld zeigen weiterhin eine außerordentliche Bereitschaft zur freiwilligen und ehrenamtlichen Hilfe. Die Vergabe des Integrationspreises 2015 unter dem Motto „Flüchtlinge integrieren – ein Gewinn für Bielefeld“ hat eindrucksvoll bestätigt, wie vielfältig dieses Engagement ist. Ob das stadtteilorientierte Unterstützungsangebot der Sprach-AG Jöllenbeck oder die Förderung von Flüchtlingskindern durch den Verein Tabula, ob engagierte Privatpersonen wie die Journalistin Jutta Küster oder die Initiative „Geflüchtete Willkommen“ mit ihren zahlreichen spontan organisierten Unterstützungsangeboten - die ausgezeichneten Gruppen und Personen sind Ausdruck unserer lebendigen, verantwortungsvollen Stadtgesellschaft.

Die aktuelle Hilfsbereitschaft der Bielefelder Bürgerinnen und Bürger, die derzeit in den Einrichtungen und Diensten wahrnehmbar ist, bietet ein großes Potential für die Integration der geflüchteten Menschen. Es entstehen Angebote und Kontakte, nach denen viele Flüchtlinge suchen und die ihnen das Ankommen in der für sie neuen Umgebung erleichtern.



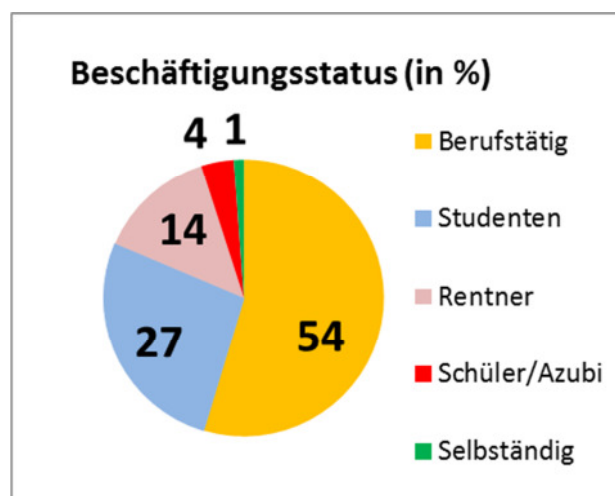
Seit Mitte des Jahres legt die Freiwilligenagentur Bielefeld einen besonderen Schwerpunkt auf die Vermittlung von Engagement für Flüchtlinge. Neben dem Aufbau und der Pflege einer Homepage

(www.bielefeld-integriert.de) geht es insbesondere um die Beratung und Vermittlung freiwillig engagierter Bürgerinnen und Bürger, die Bestandsaufnahme möglicher Einsatzfelder und die Unterstützung von Organisationen beim Einsatz von Freiwilligen.

In den ersten vier Monaten seit Aufbau des Arbeitsschwerpunktes „Engagement für Geflüchtete“ sind bei der Freiwilligenagentur 1.552 Anfragen eingegangen, wobei die Anfragen per Mail den größten Anteil ausmachen.

Nach den bislang erfassten Daten von 711 Freiwilligen ergibt sich folgendes Bild:

- Das Durchschnittsalter der Freiwilligen liegt bei 39,2 Jahre.
- Das Interesse am Engagement ist bei den Frauen um ein Vielfaches höher (rd. 75% der Interessierten sind weiblich).
- Der Blick auf den Beschäftigungsstatus macht deutlich, dass der Anteil der Berufstätigen und der Studentinnen und Studenten relativ hoch ist:



- Die meisten Menschen, die sich für Flüchtlinge engagieren wollen, suchen eine konkrete Tätigkeit. So haben 389 Ehrenamtliche ihr Interesse an der Begleitung bzw. Alltagsunterstützung signalisiert, 283 wünschen sich ein praktisches Tun z. B. in der Kleiderkammer oder in einem Begegnungscafé und 283 Ehrenamtliche haben ihr Interesse signalisiert, beim Erwerb der deutschen Sprache helfend tätig zu werden. Weitere Interessen finden sich in den Bereichen Freizeit, Bildung, Koordination oder ganz allgemeiner Hilfestellungen.

- 277 interessierten Freiwilligen wurde ein Vermittlungsangebot geschickt oder sie wurden an Einrichtungen vermittelt wie zum Beispiel das Möbellager der Stiftung Solidarität, die Sprach- und Freizeittreffs des Mädchenhauses, die AG Wohnraumsuche vom AK Asyl, Hausaufgabenhilfe, Einzelförderung OGS, Café Bonvenon im Mehrgenerationenhaus Heisenbergweg oder Alltagsbegleitung unter dem Dach des AWO Kreisverbandes, die Unterstützung der Fachstelle Flüchtlinge der Stadt Bielefeld, Hilfe in den Unterkünften des Landes oder Sprachtreffs an verschiedenen Standorten.

Neben dem zentralen Beratungs- und Vermittlungsangebot der Freiwilligenagentur sind in den letzten Wochen und Monaten zahlreiche Initiativen und Projekte für und mit geflüchteten Menschen entstanden.

Ein besonders gelungenes Beispiel sind hier die im Rahmen von Bürgerversammlungen entstandenen „Unterstützerkreise“ rund um die neuen städtischen Unterkünfte. Bürgerinnen und Bürger, die in der Nachbarschaft leben, schließen sich zusammen und überlegen gemeinsam, wie die Einbindung und Teilhabe der geflüchteten Menschen bestmöglich gelingen kann. In regelmäßigen Ehrenamtstreffen können neue Aktivitäten geplant, eigene Ideen eingebracht und eine stadtteilnahe Willkommenskultur aufgebaut werden.

In den nächsten Wochen und Monaten kommt es darauf an, diese Willkommenskultur in den Quartieren nachhaltig zu sichern und den vielen Freiwilligen dabei die notwendige Unterstützungs- und Infrastruktur zuteilwerden zu lassen.

Eine große Herausforderung wird sein, auch die „Notunterkünfte“ in Turnhallen und Gewerbeimmobilien durch das ehrenamtliche Engagement zu begleiten.

Das Handlungskonzept zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld setzt wichtige Impulse, die im Jahr 2016 umgesetzt werden sollen.

Bielefeld integriert – sagt Danke

Die Initiative des Sozialdezernenten Ingo Nürnberger „Bielefeld integriert“ mit all ihren Organisationen und Beteiligten bedankte sich mit der Veranstaltung „Bielefeld integriert – sagt Danke“ bei den ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen. Die Dankeschön-Veranstaltung wurde vom Trägerkreis der Engagement-Card ausgerichtet.



Herr Oberbürgermeister Clausen begrüßte die ca. 300 anwesenden Gäste und ging ausführlich auf die unverzichtbaren Beitrag der Haupt- und Ehrenamtlichen ein.

Anna Eschengerd führte durch den Abend.



Nach einem Interview mit Ingo Nürnberger fanden auch Gespräche mit Bielefelder Akteurinnen und Akteuren sowie Verantwortlichen statt. Unter dem Motto „Bielefeld „is(s)t bunt und vielfältig“ sorgten zahlreiche Bielefelder Gastronomen und drei Bäcker für die Verpflegung der Gäste. Die Gruppe „Les Flaneurs“ sorgte mit ihren musikalischen Beiträgen für die Unterhaltung.

Ingo Nürnberger betonte im Interview, dass Bielefeld die geflüchteten Menschen integrieren möchte: „Und wir wollen das integriert tun.“ In dem Arbeitsprozess ‚Bielefeld integriert‘ sei viel Vertrauen zueinander entstanden. Das sei gerade jetzt so nötig, wo die Stadt Turnhallen und andere Notunterkünfte schaffen müsse und es ungemütlicher und hektischer werde. Ein wichtiger Akteur in „Bielefeld integriert“ ist die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (im Bild: AGW-Vorsitzender Marc Korbmacher im Gespräch mit Ingo Nürnberger).



Jeder Gast bekam von Oberbürgermeister Clausen, Sozialdezernent Ingo Nürnberger und Franz Schaible sowie weiteren Vertretern des Trägerkreises der Engagement-Card als Dankeschön und Anerkennung eine Engagement-Card ausgehändigt. Diese Karte ist bis Ende des Jahres gültig und ermöglicht Vergünstigungen bei öffentlichen und privatwirtschaftlichen Bielefelder Unternehmen und Einrichtungen.

Während des Abends wurden auch die ersten Gelder des Bielefelder Flüchtlingsfonds in Form symbolischer Schecks übergeben. Der Fonds wurde von der Stiftung Solidarität und der Stadt Bielefeld ins Leben gerufen. Franz Schaible, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Solidarität: „Mit den Mitteln des Fonds leisten wir konkrete Hilfe im Einzelfall – schnell und unbürokratisch. Mit den Spenden werden wir so manche Notlage beseitigen können. Wir wollen aber auch kleinen Initiativen unter die Arme greifen, die sich um Flüchtlinge kümmern und sie unterstützen.“

Folgende Gruppen erhielten die symbolischen Schecks: der SV Ubbedissen (Fußball), die Sprach-AG Jöllenberg, der Verein Tabula und die Heeper Projekte „Meeting: Games, music and more“ und „Neujahrsempfang“.

Weitere Informationen zum Bielefelder Flüchtlingsfonds sowie Anträge zur Förderung finden Sie unter <http://freiwilligenagentur-bielefeld.org/gefluechtetemenschen/spenden>.

Impressum:

Stadt Bielefeld

Der Oberbürgermeister

Sozialdezernat

Verantwortlich für den Inhalt: Ingo Nürnberger

Redaktion: Kerstin Beckmann-Schönwälder

Grafiken: Stadt Bielefeld